

nr. 5 – november / dezember 2022

ecke müllerstraße

zeitung für das »lebendige zentrum« und sanierungsgebiet müllerstraße. Erscheint sechsmal im Jahr kostenlos.

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung



WELCHE ECKE?



Wo hat unser Fotograf Christoph Eckelt dieses Foto aufgenommen? Wenn Sie den Ort wissen, schreiben Sie uns die Lösung und vergessen bitte auch nicht Ihre Post-Adresse! Denn unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir einen Gutschein über 20 Euro für das Kino Alhambra. Schicken Sie uns Ihre Antwort bitte per Post an: Ulrike Steglich c/o Ecke Müllerstraße, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin oder per Mail an: eckemueller@gmx.net. Einsendeschluss ist Montag, der 5. Dezember 2022. Das Bilderrätsel in der Ecke Müllerstraße 4/2022 zeigte einen Teil der Fassade der Müllerstraße 36 (u.a. »H&M«). Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern. Den Kinogutschein hat D. Herentrey gewonnen – herzlichen Glückwunsch!

Bezirks-
amt wieder
komplett

Maja Lasić ist neue
Bezirksstadträtin

Das Bezirksamt Mitte ist wieder komplett. Am 20. Oktober wählte die Bezirksverordnetenversammlung erwartungsgemäß Stephanie Remlinger (Die Grünen) zur Nachfolgerin des zurückgetretenen Bezirksbürgermeisters Stephan von Dassel (gleichfalls Die Grünen). Frau Remlinger war seit knapp einem Jahr Stadträtin für Schule und Sport. Dieses Ressort musste sie jetzt abgeben, die Ressorts Weiterbildung und Kultur behält sie jedoch. Durch Aus- und Übertritte haben sich inzwischen die Mehrheitsverhältnisse in der BVV leicht verschoben. In der Folge waren nicht mehr die Grünen bei der anstehenden Wahl des sechsten Bezirksamtsmitglieds vorschlagsberechtigt, sondern die Sozialdemo-

kraten. Die SPD-Fraktion stellte ihre Kandidatin Maja Lasić erst am Vorabend der BVV-Sitzung auf. Diese wurde tags darauf von der BVV zur neuen Stadträtin für Schule und Sport gewählt. Frau Lasić ist auf mehreren Ebenen Fachfrau: In den vergangenen Monaten hatte sie als Lehrerin in einer Weddinger Brennpunkt-Schule unter anderem vielen Sechstklässlern und -innen erfolgreich das Bruchrechnen beigebracht. Die ausgebildete Biologin, die als 14-jährige Geflüchtete aus Bosnien in Deutschland Aufnahme fand, arbeitete dort als Quereinsteigerin. Bis zur Wahl 2021 war Maja Lasić bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, hatte ihr Direktmandat im südlichen Wedding aber an Laura Neugebauer von den Grünen abtreten müssen. cs

Ecken im Web

Sämtliche Ausgaben der »Ecke Müllerstraße« sind abrufbar unter: www.muellerstrasse-aktiv.de

INHALT

Seite 3 Karstadt am Leopoldplatz

Seite 4 Neues Milieuschutzgebiet »Nördliche Müllerstraße«

Seite 5 Fußgängerschutz mit Fahrradbügeln

Seite 6 Radwege an der Müllerstraße

Seite 7 neue Parkzone im Parkviertel

Seite 8/9 Regeln Kiezblocks für den Brüsseler Kiez

Seite 10 Parkhaus Triftstraße steht erstmal leer

Aus dem Bezirk Mitte:

• **Seite 11** Straßenbäume in Mitte

• **Seite 12** Zukunft des städtischen Autoverkehrs

• **Seite 13** Nach- oder Neuwahlen?

• **Seite 14** Investoren ohne Mut zu Ideen

Seite 15 Adressen + Gebietskarte

Seite 16 Eckensteher

IMPRESSUM

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt
Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsadresse: »Ecke Müllerstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 283 31 27, eckemueller@gmx.net
Fotoredaktion: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Entwurf und Gestaltung: capa, Anke Fesel, www.capadesign.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de
V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich
Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Elektronischer Versand

Sie möchten auf elektronischem Weg die aktuelle Zeitung als PDF erhalten? Schreiben Sie uns eine kurze E-Mail, und wir nehmen Sie in unseren Mail-Verteiler auf: eckemueller@gmx.net

Die nächste Ausgabe

der Ecke erscheint Mitte Dezember 2022.

Wie weiter mit
Karstadt?

Öffentliche Veranstaltung am
ersten Dezember geplant

Am ersten Dezember, einem Donnerstag, wird eine öffentliche Veranstaltung zur Zukunft des Karstadt am Leopoldplatz stattfinden: von 17 Uhr bis 21 Uhr im Restaurant. Dabei geht es u.a. um das künftige Baurecht auf dem Grundstück. Das soll in den kommenden Jahren neu entwickelt werden, entscheiden muss aber letztlich die Bezirksverordnetenversammlung Mitte.

Ende Januar 2024 läuft der Mietvertrag der Galeria Karstadt Kaufhof GmbH für das Warenhaus am Leopoldplatz aus. Zwar hat der hundertprozentige Eigentümer der Warenhauskette, die österreichische Signa Holding GmbH, im Jahr 2020 öffentlich ihre Absicht verkündet, das Warenhaus bis zum Jahr 2030 sichern zu wollen. Daran glaubt aber inzwischen kaum noch jemand. Denn die Krise des innerstädtischen Handels hat sich mit der Pandemie weiter verstärkt, der Onlinehandel seine Marktstellung weiter ausgebaut, dazu kommt jetzt auch noch ein drastischer Kaufkraftverlust durch Inflation und im kommenden Jahr wohl eine wirtschaftliche Rezession: Die Rahmenbedingungen für einen längerfristigen Weiterbetrieb des Karstadt am Leopoldplatz könnten kaum schlechter sein.



Signa ist Dauergast des Senats

Inzwischen hat die Signa Holding mit dem Eigentümer des Grundstücks, der Versicherungskammer Bayern eine strategische Partnerschaft vereinbart. Eine gemeinsame Gesellschaft soll gegründet werden, um das Grundstück zu entwickeln. Immobilien sind das ursprüngliche Geschäftsfeld der Signa, die vor etwa zehn Jahren begann, bei Karstadt einzusteigen. Diese Beteiligung wurde seitdem systematisch ausgebaut, auch im Online-Handel sowie in Österreich im Mediensektor (u.a.Kronenzeitung) ist Signa inzwischen aktiv.

In der Kunst, auf lokale politische Entscheidungsprozesse einzuwirken, ohne die Spielregeln der Demokratie zu verletzen, ist Signa versiert. In Berlin ist die Firma u.a. bei der Entwicklung des Karstadt-Grundstücks am Hermannplatz aktiv und betreibt Projekte am Ostbahnhof, direkt am sowie im Umfeld des Alex und an mehreren Standorten der City West. Eine Initiative »BerlinerInnen gegen SIGNA« hat sich bereits formiert.

In der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen ist Signa Dauergast. Das Unternehmen arbeitet bei seinen Projekten gerne mit Stararchitekten zusammen, etwa mit David Chipperfield und Christian Mäckler aus Berlin oder mit Henning Larsen und dem Büro Cobe aus Kopenhagen. Auch zum Karstadt am Leopoldplatz wird wohl ein eindrucksvoller Reigen international bekannter Architekturbüros aufgefahren. Geplant ist ein zweistufiger Wettbewerb mit fünf ausgewählten Büros, bei dem auch das Baurecht auf dem Grundstück entwickelt werden soll. Am Ku'damm hatte Signa in einem ähnlichen Verfahren anfangs ein Baurecht für Hochhäuser eingefordert und kürzlich immerhin zwei maximal 60 Meter aufragende »Hochpunkte« durchsetzen können.

Einzelhandel im Wertverfall

Auch am Leopoldplatz wird der Immobilienentwickler vermutlich eine maximale Verwertung des Grundstücks anstreben. Im Jahr 2002, als überall in Berlin die Shopping-Center aus dem Boden schossen, verzeichnete das Karstadt-Grundstück auf der Karte mit den Berliner Bodenrichtwerten noch den Spitzenwert von 2800 Euro pro Quadratmeter. Nur direkt am Alexanderplatz und in der Friedrichstadt fanden sich damals noch geringfügig höhere Grundstückswerte in unserem Bezirk. Gewerbegrundstücke auf dem Bayer-Gelände (damals noch Schering) notierten im Jahr 2002 bei 690 Euro, Wohngrundstücke etwa im Anton- oder im Sprengelkiez bei 490 Euro. Heute ist in den Wohngebieten ein Richtwert von 2500 Euro/qm verzeichnet, für das Gelände der Bayer-AG oder für das ehemalige AEG-Gelände am Humboldthain sind 7000 Euro/qm notiert. Der Wert von Wohngrundstücken im Umfeld hat sich also in den letzten zwanzig Jahren verfünffacht, der von Gewerbegrundstücken sogar verzehnfacht. Der Wert des Karstadt-Grundstücks am Leopoldplatz ist dagegen zurückgegangen, er liegt nur noch bei 2500 Euro/qm.

weiter auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Bei einem Rundgang mit Bezirksstadtrat Ephraim Gothe im Brunnenviertel vor einigen Wochen hatte ein Immobilienentwickler einer renommierten US-amerikanischen Firma die aktuelle Dynamik des Berliner Marktes auf den Punkt gebracht, indem er einen Abriss des Gesundbrunnencenters in den kommenden Jahren vorhersagte und statt dessen den Neubau einen Bürohauses. Da würde der Bezirk wohl nicht mitspielen. Die Prognose des Profis zeigt aber, wie grundlegend sich die Kräfte auf dem Berliner Immobilienmarkt inzwischen gedreht haben.

Welche Nutzung stärkt das Weddinger Zentrum?

Der Leopoldplatz ist zwar nicht so hervorragend an das Regional- und Fernbahnnetz angeschlossen wie das Gesundbrunnencenter, dafür aber optimal an den lokalen ÖPNV. Zwei U-Bahn-Linien erreicht man direkt vom Karstadt-Gebäude aus und darüber hinaus laufen am Leo auch noch sechs lokale Buslinien zusammen. Der Standort ist also vor allem für das nähere Umfeld bestens erschlossen, weshalb das Warenhaus dort ja auch viele Jahrzehnte lang sehr gut funktionierte. Die große Frage ist jetzt, welche alternative Nutzung dieses privilegierten Ortes dem Gemeinwohl zuträglich wären. Welche möglichen Nutzungsvarianten stärken die Zentrumsfunktion des Leopoldplatzes? Im Aushandlungsprozess wird der Investor wohl Zugeständnisse in dieser Richtung machen müssen. An der Turmstraße führte vor einigen Jahren beispielsweise ein schlüssiges Konzept zur erfolgreichen Entwicklung des ehemaligen Hertie-Gebäudes. Das blieb in seiner Substanz erhalten, Einzelhandel findet dort aber nur noch in den unteren Geschossen statt, in den darüberliegenden Geschossen gibt es Dienstleistungsangebote wie Fitness oder Arztpraxen, ganz oben wurden sogar Wohnnutzungen angesiedelt. Unter den heutigen Bedingungen wird der Investor also vermutlich vor allem Büroflächen anstreben, wobei er versuchen könnte, Online-Handel als modernen Einzelhandel darzustellen. Im gegenüberliegenden »Leopoldcenter« ist eine solche Transformation ja bereits gelungen. Hier sind u.a. in ehemaligen Handelsflächen des ersten Obergeschosses inzwischen die Großraumbüros des digitalen Gebrauchtwagenhändlers »heycar« eingezogen. Wegen der direkten U-Bahn-Verbindung in die historischen Zentren Ost wie West würden am Leopoldplatz aber vermutlich auch Hotels oder Hostels gute Erträge erzielen. In das Konzept des Lebendigen Zentrums Müllerstraße mit seinem »Band der Bildung« würden dagegen wohl eher Bildungseinrichtungen passen. Wenn wir in Zukunft lebenslang lernen sollen, dann brauchen wir auch private Einrichtungen für berufliche Weiterqualifikation in gut zu erreichenden Lagen – die dazu passenden Jobcenter sind im Umfeld des Leo ja bereits vorhanden. Und in der nahen Hochschule für Technik fänden sich wohl auch die notwendigen Ausbilderinnen und Ausbilder ... cs

Donnerstag, 1.12.2022, 17–21 Uhr: Restaurant der Galeria

Neue Milieuschutzgebiete beschlossen

Der Bezirk Mitte hat in seiner BVV-Sitzung am 15. September 2022 zwei neue soziale Erhaltungsverordnungen (Milieuschutz) für die Gebiete »Badstraße« und »Müllerstraße Nord« beschlossen. Das Bezirksamt Mitte wird auch für die neuen Gebiete eine Mieterberatung einrichten, die als Anlaufstelle rund um Fragen zum Milieuschutz zur Verfügung steht. Mit dem sozialen Erhaltungsrecht soll die Wohnbevölkerung vor Verdrängungsprozessen geschützt werden, insbesondere vor überzogenen Modernisierungsmaßnahmen an Wohngebäuden und Wohnungen. Um den Erlass der sozialen Erhaltungsverordnung rechtssicher zu begründen, hat das Bezirksamt Mitte von Berlin im Jahr 2021 vertiefende Untersuchungen in den beiden Gebieten durchführen lassen. Dazu wurden repräsentative Haushaltsbefragungen durchgeführt und sekundärstatistische Daten ausgewertet. Aufgrund der Dynamik auf dem Wohnungsmarkt sind danach soziale Verdrängungsprozesse mit negativen städtebaulichen Folgen in den beiden Gebieten zu erwarten, in denen zusammen rund 28.600 Menschen leben. In den Milieuschutzgebieten bedürfen der Rückbau, die Änderung oder die Nutzungsänderung baulicher Anlagen einer besonderen Genehmigung. Daher stehen bauliche Maßnahmen wie der Anbau von Balkonen, die energetische Modernisierung, besonders aufwändige Modernisierungen oder die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen unter einem Genehmigungsvorbehalt. Zusammen mit den beiden neuen Gebieten gibt es insgesamt 14 soziale Erhaltungsgebiete im Bezirk Mitte. Die Wohngebiete des Wedding mit älterer Bausubstanz liegen fast vollständig in einem Milieuschutzgebiet, nur im Brunnenviertel tun sich noch größere Lücken auf. cs



Das neue Milieuschutzgebiet »Müllerstraße Nord« umfasst große Teile des Afrikanischen und des Englischen Viertels. Es schließt sich nördlich an das bestehende Milieuschutzgebiet »Seestraße« an.

Weniger Gefahr für Kinder und Ältere

Parkplätze entfallen für sichere Fußgängerüberwege

Insgesamt 50 Fußgängerübergänge in Nebenstraßen will der Bezirk Mitte in den kommenden Jahren sichern, indem er Parkplätze in ihrer direkten Umgebung neuen Nutzungen zuführt. Denn oft verdecken die parkenden Autos die Übergänge, so dass die Fußgänger und -innen für den Kfz-Verkehr nur schwer zu sehen sind. Verschärft wird das Problem durch immer mehr Lieferfahrzeuge auf den Wohnstraßen und vor allem durch die zunehmende Beliebtheit von extra hohen Sport-Utility-Vehicles (SUVs) an deren Lenkrädern man einen besonders guten Überblick über das Verkehrsgeschehen hat, die aber auf der anderen Seite den anderen Verkehrsteilnehmern und -innen eben diese Übersicht verwehren. Die Sicherheit von Kindern und älteren Personen in den Wohngebieten ist dadurch gefährdet.

Fahrrad abstellen statt Auto parken

In der Vergangenheit wurden deshalb an besonders gefährdeten Stellen meist mit großem Aufwand Gehweg-Vorstreckungen gebaut, etwa direkt an Schulen und Kitas, vor Senioreneinrichtungen oder auf viel benutzten Schulwegen. Da die Autos aber nicht nur immer höher, sondern auch immer breiter werden, verdecken auch an diesen Vorstreckungen zunehmend parkende Autos die Fußgänger und -innen. Jetzt werden auf den Parkplätzen, die direkt an diese Übergänge angrenzen, Fahrradbügel aufgestellt und teilweise auch Zonen eingerichtet, wo man Elektro-Roller abstellen kann. Die Parkplätze werden dabei eingezogen und stehen dem Verkehr fortan nicht mehr zur Verfügung. Politisch ist das so gewollt: In ihrer Vereinbarung zur Bildung einer Zählgemeinschaft haben Grüne und SPD in Mitte sich dazu verpflichtet, etwa 25 Prozent der vorhandenen Parkplätze auf öffentlichem Straßenland abzubauen. Im Wedding, wo vielerorts gerade die Parkraumbewirtschaftung eingeführt wird oder wo die Einführung in Kürze bevorsteht, dürfte das keine größeren Probleme bereiten. Hört man sich etwa bei Autofahrern im Brüsseler Kiez oder im Sprengelkiez um, so hat sich dort die Parkraumsituation spürbar verbessert. Freie Parkplätze seien jetzt reichlich vorhanden, selbst nach Semesterbeginn an der Hochschule für Technik, den man sonst bei der Parkplatzsuche immer deutlich bemerkt hatte. Allerdings klagen auf der anderen Seite Mitarbeiter und -innen des Bezirks mit Arbeitsplatz Rathaus Wedding über extrem hohe Parkgebühren von zwei Euro die Stunde, die fällig werden, wenn man aus beson-



ders wichtigen Gründen ausnahmsweise gezwungen sei, per Auto zur Arbeit zu kommen. Aber auch das ist politisch so gewollt.

Maßnahme ist effektiv

Ein weiterer großer Vorteil der neuen Maßnahmen: Sie sind wesentlich weniger aufwändig als die bauliche Einrichtung von Gehweg-Vorstreckungen und können weit schneller und in größerer Zahl umgesetzt werden. Denn es reicht ja aus, den Bereich des Übergangs mit weißer Farbe auf der Fahrbahn zu markieren, man muss dazu keine größeren Baustellen mehr einrichten. Auch Fahrradbügel sind schneller aufgestellt als Bordsteine verlegt. Das Straßen- und Grünflächenamt muss dazu keine aufwändigen Planungen durchführen. In der Umgebung der Müllerstraße sind mehr als 20 derartiger Maßnahmen vorgesehen, darunter in folgenden Bereichen:

- Dubliner Ecke Bristolstraße und Ecke Edinburger Straße,
- Barfus- Ecke Glasgower Straße,
- Ungarn- Ecke Syrische Straße,
- Brüsseler Ecke Genter Straße sowie zweimal an der Ecke Antwerpener Straße (2x),
- Ostender Ecke Genter Straße sowie Ecke Antwerpener Straße,
- Triftstraße am Wohnheim Augustenburger Platz,
- Triftstraße an allen Einmündungen (Samoa-, Tegeler, Genter und Wildenowstraße),
- Sprengelstraße an den Ecken Samoa- und Tegeler Straße,
- Torfstraße Ecke Nordufer / Kiautschoustraße,
- Lynarstraße Ecke Sparrstraße (2x) und Ecke Wildenowstraße
- Ravenéstraße an der Einmündung Reinickendorfer
- Gerichtstraße Ecke Ruheplatzstraße
- Adolfstraße Ecke Plantagen- und Ecke Schererstraße
- Nazarethkirchstraße Ecke Malplaquetstraße

cs



Weihnachtlicher Weddingmarkt

Zu den Adventsonntagen auf dem Leopoldplatz

Noch ist umstritten, ob es in diesem Jahr überhaupt verkaufsoffene Sonntage in der Vorweihnachtszeit geben wird. Das betrifft zum Glück aber nicht die Weihnachtsmärkte und damit auch nicht den weihnachtlichen Weddingmarkt, der in diesem Jahr wieder an allen vier Adventssonntagen auf dem Leopoldplatz stattfinden wird. Etwa 80 Händler und -innen aus den Bereichen Kunst, Keramik, Schmuck, Mode, Design, Fotografie, Malerei usw. werden ihre Angebote präsentieren und zusätzlich gibt es besondere gastronomische Leckereien. Aber Vorsicht: Wer einen 08/15-Weihnachtsmarkt mit kitschigen Glitterkram aus Ostasien erwartet, dürfte enttäuscht werden. Die Händler produzieren ihre Ware meistens selbst, hier geht keine Massenware über die Aufklapp-Tische. Und gastronomisch werden auch eher experimentierfreudige Geister angesprochen. Wenn alles glatt geht und die Pandemie nicht doch noch extreme Maßnahmen erforderlich macht, findet am 6. November der letzte reguläre Weddingmarkt dieses Jahres auf dem Leopoldplatz statt. Am 27. November sowie am 4., 11. und 18. Dezember folgen die vorweihnachtlichen Versionen.

Baubeginn auf dem Maxplatz

Eigentlich sollte an dieser Stelle ein Foto dokumentieren, dass auf dem Maxplatz, wie der nördliche Bereich des Leopoldplatzes inoffiziell genannt wird, die Arbeiten zur Umgestaltung bereits begonnen haben. Aber unser Fotograf konnte leider noch keine Anzeichen davon entdecken, als wir ihn Anfang Oktober losgeschickt hatten. Das Problem: Die Angebote, die Fachfirmen nach der Ausschreibung der Leistungen unterbreiteten, lagen preislich deutlich höher als erwartet. Was angesichts der allgemeinen Teuerung in diesen Tagen zwar kein Wunder ist, aber bei der Bewilligung der Finanzierung im »Berliner Programm für Nachhaltige Entwicklung« (BENE) noch nicht einkalkuliert werden konnte. Inzwischen haben die Ämterrunden getagt und das Problem ist geklärt. Vor Ort sollte zumindest erkennbar sein, dass die Arbeiten demnächst beginnen werden. Und da keine radikale Neuordnung des Platzbereiches vorgesehen ist, sondern eher eine behutsame Weiterentwicklung und Qualifizierung, werden die Arbeiten im kommenden Jahr schon abgeschlossen werden können. Es ist nämlich nicht zu erwarten, dass, wie etwa auf dem Max-Josef-Metzger-Platz an der Gerichtstraße, die Arbeiten für längere Zeit unterbrochen werden müssen, weil Munition aus dem Zweiten Weltkrieg gefunden wird. An der Entwicklung der Maßnahme waren die Anwohner und Anwohnerinnen aus der Nachbarschaft umfassend beteiligt, die Planungsentwürfe wurden vom Büro Planung, Freiraum der Landschaftsarchitektin Barbara Willecke erarbeitet.

Neue Parkzone 78 nördlich der Seestraße

Noch in diesem Jahr wird auch im Parkviertel nördlich der Seestraße eine Zone der Parkraumbewirtschaftung eingerichtet. Am 15. Dezember soll sie als »Zone 78« in Betrieb gehen. Damit wird fast der gesamte öffentliche Parkraum des Bezirks Mitte bewirtschaftet. Nur größere Bereiche ohne Wohnbebauung sind ausgenommen, etwa der Große Tiergarten oder das Industriegebiet um den Westhafen. Und auch die Gegenden mit lockerer Bebauung an der Bezirksgrenze zu Reinickendorf bleiben außen vor, darunter die Friedrich-Ebert-Siedlung und die Schillerpark-Siedlung. Nördlich der Seestraße ist nur der Bereich zwischen der Otawi- bzw Liverpooler Straße und der Seestraße sowie dem Goethe- und dem Schillerpark betroffen. Damit wird das Parken auf öffentlichen Straßenland auch für die Mitarbeiter- und innen des U-Bahn-Hauptbetriebswerkes der BVG zu einer teuren Angelegenheit. Inwieweit die und auch z.B. die Mitarbeiter bzw. -innen der Feuerwache Schillerpark für ihre Frühschicht Ausnahmegenehmigungen erhalten, entzieht sich unserer Kenntnis. Für Personal des Virchow-Klinikums, das bis sechs Uhr morgens zur Arbeit antreten muss, wurde nach Protesten der Beschäftigten eine solche Lösung gefunden. Die Klinik liegt in der Parkzone 77, in der die Parkraumbewirtschaftung Mitte August eingeführt wurde.

Keine »Nordlichter« an der Müllerstraße?

Noch nicht geklärt war bei Redaktionsschluss, ob in diesem Jahr wieder »Nordlichter« um das Rathaus Wedding erstrahlen können. In den vergangenen Jahren wurden in den dunklen Wintermonaten Dezember, Januar und Februar abends die Fenster des Rathauses, des Jobcenter Leopoldplatz und zuletzt auch der Schiller-Bibliothek in den typischen Farben des niederländischen Malers Piet Mondrian erleuchtet. Das stieß allenthalben auf große Zustimmung, auch weil hier keine religiösen Anspielungen auf Weihnachten enthalten sind, das ein Teil der Weddingerrinnen und Weddinger ja nicht feiert: Dunkel ist der Winter hierzulande für alle. Da tut ein wenig Aufhellung gut, egal wo man geboren ist und woran man glaubt. Der Name »Nordlichter« verweist auf diesen Umstand und zudem auch darauf, dass das Zentrum des Weddings den Norden des Berliner Stadtzentrums markiert. Die Lichtaktion fand erstmals im Winter 2019/2020 statt. Sie wird zwar mit Hilfe von LED-Leuchten realisiert und treibt daher den Energieverbrauch der Stadt Berlin nicht sonderlich in die Höhe. In diesem Jahr ist aber alles anders. Wenn selbst die Grünen einem vorübergehenden Weiterbetrieb von Kernkraftwerken zustimmen, um die Energieversorgung des Landes nicht zu gefährden, fürchten manche, dass öffentlich geförderte Licht-Aktionen wie »Nordlichter« die Moral der Bevölkerung zersetzen, die dann weniger fleißig Energie sparen würde.

Wie wäre es, wenn man die Lichter nur bei ausreichendem Wind anschaltet, wenn die Windenergieanlagen Überschüsse produzieren? Windenergie wird im Winter relativ viel produziert, aber eben nicht immer und nicht in jeder Nacht. Dank der Fortschritte der Meteorologie lassen sich die Stunden mit viel Windstrom aber relativ leicht prognostizieren. Der Stabilität der Stromversorgung in Deutschland wäre jedenfalls mehr gedient, wenn wir lernten, energieintensive Handlungen wie das Aufladen eines E-Autos oder Wäschewaschen bzw. maschinelles Trocknen in energiereiche Stunden zu verlegen.

Triftstraße wird Fahrradstraße

Die Triftstraße und der Abschnitt der Gerichtstraße südwestlich den Nettelbeckplatzes werden jetzt zur Fahrradstraße. Die Arbeiten haben bereits begonnen. Zuerst soll an einigen Stellen der Asphalt saniert werden, anschließend die Beschilderung angebracht und dann Markierungsarbeiten durchgeführt werden. Dazu werden alle Kreuzungen und die an sie angrenzenden Abschnitte nacheinander für je zwei Wochen voll gesperrt. Dabei werden die Übergänge für die Fußgänger und -innen besonders gesichert, indem die direkt angrenzenden Parkplätze für PKW aufgehoben und mit Fahrradbügeln bestückt werden (siehe Seite 5). Insgesamt 280 Stellplätze für Fahrräder, Lastenfahrräder und Sharing-Räder werden so entstehen. »Die Trift- und Gerichtstraße ist eine wichtige Route im Wedding. Ich freue mich sehr, dass diese nun zu einer Fahrradstraße nach neusten Standards wird, in der der Radverkehr wirklich Vorrang hat,« so kommentiert die zuständige Bezirksstadträtin Dr. Almuth Neumann den Baubeginn. »Indem der Kfz-Durchgangsverkehr hier effektiv unterbunden wird, wird sich auch die Sicherheit für Fußgänger*innen erhöhen – so z.B. für die Kinder, die dort zur Leo-Lionni-Grundschule laufen.« Für Fahrradstraßen gelten besondere Regeln. Sie sind dem Radverkehr vorbehalten. Verbunden mit dem Zusatzschild (»Anlieger frei«) dürfen Autos, Lkws und Motorräder hier nur mit einem berechtigten Anliegen fahren. Den Radfahrern und -innen gehört die gesamte Fahrbahnbreite, sie dürfen jederzeit nebeneinander fahren. Sie geben zudem die Geschwindigkeit vor. Für alle gilt maximal Tempo 30 km/h.





Kiezblocks kommen schon 2023

Stadträtin Dr. Almuth Neumann beim Rundgang im Brüsseler Kiez

Im Bezirk Mitte hat sich die Einstellung der Verwaltung zu vielen Konfliktthemen im Bereich Verkehr in den letzten Jahren grundlegend geändert. Das konnte man bei einem Rundgang mit der Bezirksstadträtin Dr. Almuth Neumann durch den Brüsseler Kiez am 22. September sogar sinnlich erfassen.

Denn der Spaziergang begann nachmittags um fünf Uhr an der Genter Straße auf Höhe der Einmündung der Limburger Straße. Dort wechselt der Belag auf der Fahrbahn von Asphalt auf Kopfsteinpflaster. Die Folge: Jedes Auto, das heranrollt, ratterte plötzlich laut und erschwerte es, dem Redebeiträgen zu folgen. Jetzt, während der nachmittäglichen Hauptverkehrszeit, ratterte es ständig. Auf die Bitte, doch ein wenig weiterzuziehen, an eine Stelle ohne Kopfsteinpflaster erhielt man von den Mitarbeiterinnen des Straßen- und Grünflächenamtes (SGA) die freimütige Antwort, dann bekäme man aber nicht mehr so gut mit, wie störend an dieser Stelle der Durchgangsverkehr sei.

Altes Verkehrskonzept schon obsolet

Zu solchen pädagogischen Tricks hätte das SGA früher nicht gegriffen. Rundgänge gab es hier ja schon häufiger. Vor ungefähr fünf Jahren zum Beispiel, als das renommier-

te Verkehrsplanungsbüro Hoffmann und Leichter zusammen mit der Gruppe Planwerk und dem Landschaftsarchitekturbüro Fugmann-Janotta im Auftrag des Bezirks ein »integriertes Verkehrs- und Freiraumkonzept« für den Brüsseler Kiez ausgearbeitet hatte. Darin war das Problem des Durchgangsverkehrs in der Genter Straße ausführlich beschrieben, nach einem breit angelegten Verfahren der Bürgerbeteiligung wurden auch viele Vorschläge zur Verkehrsberuhigung unterbreitet. Diese umfassten ein ganzes Paket von Einzelmaßnahmen wie Gehwegvorstreckungen, die bauliche Verengung von Kreuzungsbereichen oder Fahrbahnverengungen durch die teilweise Einführung von Querparken. Fahrbahnsperrrungen mit Hilfe von Pollern gehörten damals nicht zum gängigen Arsenal der Instrumentarien zur Verkehrsberuhigung. Inzwischen stehen sie sowohl bei der Senatsverkehrsverwaltung als auch beim Bezirk sogar ganz oben auf der Liste. Auch im Brüsseler Kiez sind sogenannte »Kiezblocks« vorgesehen: Schon im kommenden Jahr, so verkündete die Stadträtin Dr. Almuth Neumann sollen sie aufgebaut werden.

Die Brüsseler Kiezblocks:

- Die Genter Straße wird dabei von der Seestraße aus gesehen hinter der Einmündung der Limburger durch eine Reihe Poller versperrt – und noch einmal an der Einmündung des befestigten Fußwegs zur Müllerstraße entlang der Schiller-Bibliothek. Damit wird ein größerer Straßenbereich für den motorisierten Verkehr gesperrt, es entsteht eine ruhige Verbindung zwischen der Hochschule für Technik und dem Platzbereich am Rathaus Wedding. Die Planung hat sich etwas verändert: Ältere Entwürfe sahen an dieser Stelle nur eine Diagonalsperre der Kreuzung Genter und Limburger Straße vor.
- Darüber hinaus sollen auf der Antwerpener Straße zwei Kiezblocks entstehen, die den Brüsseler Kiez in zwei für den KfZ-Verkehr getrennte Hälften aufteilt. Die Poller sollen dabei an den Kreuzungen mit der Ostender und der Brüsseler Straße jeweils auf der Höhe des Mittelstreifens der Antwerpener aufgestellt werden.
- Diskutiert wurde auf dem Rundgang auch über Einbahnstraßenregelungen, die verhindern sollen, dass die Kreuzungen Müller- und Seestraße bzw. die Einmündung der Amrumer und in die Seestraße durch das Wohngebiet hindurch umgangen werden können.
- Die Poller sind jeweils mit einem Gelenk versehen und können z.B. von der Besatzung von Einsatzfahrzeugen mit Hilfe eines Schlüssels umgekippt werden. Im Notfall oder wenn auf der Müllerstraße bzw. auf der Seestraße ganze Richtungsfahrbahnen gesperrt werden müssen, könnte der Kiezblock also kurzfristig auch wieder aufgehoben werden.

Versenkbare Poller gefordert

Viele Initiativen fordern in diesem Zusammenhang automatisch versenkbare Poller. Auch in der Genter Straße könnten das sinnvoll sein, denn in einigen Jahren steht ja die Tunnelsanierung der U-6 auch in der Müllerstraße an. In der Chausseestraße kann man derzeit beobachten, wie sich das auswirkt: Der Verkehr wird dann über viele Mona-

te, wenn nicht sogar Jahre hinweg nur noch über eine Richtungsfahrbahn fließen können, auch die Busse der BVG müssen dann umgeleitet werden. Im Brüsseler und im Malplaquetkiez kann man sich noch daran erinnern, wie sich früher während der langen Wochenenden der Müllerstraßenfeste die Autos in endlosen Schlangen durch die Genter und die Turiner Straße quälten, weil die zentrale Geschäftsstraße des Wedding gesperrt war. Will man solche Zustände verhindern, aber die Busse der BVG nicht zu großen Umwegen etwa über die Amrumer Straße zwingen, dann wären solche per digitalem Befehl versenkbare Poller sehr hilfreich. Und nicht nur im Brüsseler Kiez, sondern auch auf der Turiner Straße oder im Sprengelkiez, wenn dort ebenfalls Kiezblocks entstehen sollten. Den die müssten da ja vor allem den Durchgangsverkehr zwischen der Amrumer Straße und Fennbrücke zur Heidestraße und zum Hauptbahnhof aus dem Wohngebiet heraushalten – auf der Strecke also, auf der auch der 142er Bus verkehrt. Vor etlichen privaten Carports und in diversen Tiefgaragen findet man versenkbare Poller schon, in der Kreuzberger Körtestraße steht seit vergangenem Jahr sogar ein solches Exemplar auf öffentlichem Straßenland. Solche flexiblen Poller kann sich auch Stadträtin Neumann gut vorstellen. Sie sieht deren Beschaffung allerdings nicht als Aufgabe des Bezirks, sondern als eine der Senatsverwaltung.

Kritische Nachfragen

Bei dem Rundgang im Brüsseler Kiez stellte sie sich auch kritischen Nachfragen. Zum Beispiel befürchtete eine Anwohnerin des Zeppelinplatzes eine Zunahme der Lärmbelastung, wenn ihre Straße aufgrund der blockierten Genter Straße zum Teil einer Wendeschleife würde. Vor allem an Markttagen erwartete sie Chaos. Ein Anwohner kritisierte, dass mit der Entscheidung für die Kiezblocks das Ergebnis eines Workshops von mehr als hundert Beteiligten einfach so weggebügelt werde und das Konzept eines hochprofessionellen Teams von Planern von einer Bachelor-Arbeit ei-



nes Studenten ersetzt werde. An dieser Arbeit orientieren sich die Vorschläge des SGA tatsächlich, der Verfasser war beim Rundgang anwesend und wurde von der Bezirksstadträtin nachdrücklich gelobt. Allerdings werden die Kiezblocks auch von einer lokalen Verkehrsinitiative unterstützt und nicht zuletzt von einer Mehrheit in der BVV des Bezirks Mitte. Weil der Kiezblock im Brüsseler Kiez schon sehr durchdacht sei, so Dr. Neumann, werde er nach dem Bellermannkiez unweit des Bahnhofs Gesundbrunnen im kommenden Jahr als zweiter Kiezblock des Bezirks umgesetzt.

Inhaltlich trug sie bekannte Argumente für die Kiezblocks vor: Die Sicherheit und Gesundheit der Wohnbevölkerung habe nun mal Vorrang vor den Interessen der Autofahrer und -innen, vor allem die Sicherheit der Schutzbedürftigen, der Älteren und der Kinder. Zudem lotse die Künstliche Intelligenz der Navi-Systeme die Autofahrer bei Stau zunehmend durch die Wohngebiete. Ein Problem, so könnte man hinzufügen, das sich noch deutlicher zeigen wird, wenn die KI in Zukunft sogar ganz das Steuer der Autos übernimmt (Seite 12).

Entscheidend ist der geringe Aufwand

Und schließlich sei das Straßen- und Grünflächenamt personell gar nicht mehr dazu in der Lage, all die vielen Einzelmaßnahmen des alten Verkehrskonzepts in einem überschaubaren Zeitrahmen planerisch vorzubereiten und der Umsetzung zuzuführen. In der Tat sind die personellen Kapazitäten der Verwaltung in diesen Bereichen seit mehreren Jahren extrem knapp. Viele fachlich hochqualifizierte Mitarbeiter und -innen haben in den letzten Jahren das SGA in den Ruhestand verlassen. Nach oftmals langen Übergangszeiten sind etliche Stellen zwar wieder besetzt. Aber die Fluktuation ist stark: Überall werden erfahrene Verkehrsplaner dringend gesucht. Und beim Senat oder beim Bund sind die Gehälter höher als in den Bezirken. Mit den klassischen Instrumenten zur Verkehrsberuhigung in den Wohngebieten komme man derzeit nicht weiter, so argumentiert die Stadträtin. Die Kiezblocks seien mit wesentlich weniger Aufwand umzusetzen und zeigten dann auch umgehend eine klare Wirkung. So sind es letztlich politische Überlegungen, die den Bezirk zu dem Kurswechsel veranlasst haben. Die Verkehrswende ist ja kein akademisches Projekt, sondern wird von den Wählerinnen und Wählern vor allem in den inneren Bezirken Berlins aktiv eingefordert, im letzten Wahlkampf wurde das überaus deutlich. Dieser Druck erreicht auch die Parteien. In der BVV Mitte stimmten im November 2021 die Verordneten der Grünen, der SPD und der Linken für die Kiezblocks im Brüsseler Kiez, die der CDU, der FDP und der AfD stimmten dagegen. Der Antrag wurde mit 39 zu 13 Stimmen angenommen. cs



Musikschule wieder in vollem Betrieb

Nach sieben Jahren Baustelle können die Kinder in der Musikschule Fanny Hensel in der Ruheplatzstraße endlich in Ruhe arbeiten. Im August wurde der Neubau eröffnet, der durch einen Glasgang mit dem Altbaugebäude verbunden ist, das in den Jahren zuvor grundlegend saniert wurde. Ursprünglich sollte die Eröffnung bereits Ende 2020 stattfinden. Dann kam, wie wir alle wissen, die Pandemie. Auch die Baukosten sind deutlich höher ausgefallen als ursprünglich geplant.

»Wir freuen uns darauf, nach der Umbau- und Sanierungsphase nun unsere Zweigstelle im neuen Glanz für unser vielfältiges Unterrichtsangebot nutzen zu können und auch in diesem Ortsteil bürgernah präsent zu sein«, sagt Musikschulleiterin Katharina Kaschny. »Und wenn auch noch das eine oder andere im Laufe der Folgezeit noch eingebaut oder nachgebessert wird – die Musikschule ist wieder in ihrem Kiez angekommen!«

Weddingplatz: Informationsveranstaltung am 1. November

Die Umgestaltung des Weddingplatzes soll Anfang des kommenden Jahres beginnen. Die Planungen dazu sind abgeschlossen, die Bauleistungen müssen jetzt ausgeschrieben werden. Viele Anwohner und Anwohnerinnen im Umfeld des Platzes haben sich an der Entwicklung dieser Planung beteiligt. Im Jahr 2020 war dazu Gutachterverfahren mit der Vergabe des 1. Preises an Franz Reschke Landschaftsarchitektur mit Anselm von Held (Lichtplanung) und Freie Planungsgruppe Berlin (Verkehrsplanung) abgeschlossen worden.

Am Dienstag, dem ersten November soll der aktuelle Stand der Planung um 17.30 im syrisch-orthodoxen Gemeindehaus Mor Izozol direkt neben der Kirche auf dem Weddingplatz vorgestellt werden. Auch eine Begehung des Platzes ist geplant. Der Ort ist barrierefrei zugänglich.

Erstmal passiert gar nichts

Das Parkhaus an der Triftstraße steht weiterhin leer

Das ehemalige Parkhaus der Berliner Hochschule für Technik in der Triftstraße wird aller Voraussicht nach noch mehrere Jahre lang leer stehen. Das räumte Bezirksstadtrat Ephraim Gothe ein, der bei einem Rundgang durch den Sprengelkiez auf entsprechende Nachfragen der Anwohner und -innen einging. Es hätten erst jüngst Gespräche mit der Hochschule und der Senatsverwaltung für Wissenschaften stattgefunden. Dabei sei klar geworden, dass für mögliche Erweiterungsbauten der Hochschule auch noch ein anderes Grundstück im Eigentum der Senatsverwaltung für Wissenschaft in Frage käme, Gothe benannte konkret einen Parkplatz am Augustenburger Platz. Auf beiden Grundstücken zusammen könnten alle Vorhaben von Bezirk und Hochschule Platz finden. Der Bezirk favorisiert den Abriss des Parkhauses und den Bau eines Wohnheimes u.a. für Geflüchtete, einer Kita und Sozialeinrichtungen. Die Hochschulleitung hält sich bedeckt, solange nicht klar ist, wann genau welche Zweigstellen auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tegel aufgebaut werden können. Der von Stadtrat Gothe benannte Parkplatz befindet sich allerdings auf dem Campus der Virchow-Klinikums. Die Charité erweiterte in den vergangenen Jahren kontinuierlich den Gebäudebestand auf ihrem Weddinger Teilgelände etwa um einen Neubau des Herzzentrums, ein neues »Berlin Center for Advanced Therapies« oder das Forschungszentrum »Der simulierte Mensch«. Geplant ist zudem auch ein »Pharmazeutisches Zentrum«. Angesichts dieser Expansion ist es schwer vorstellbar, dass die Universitätsklinik eine potenzielle Baufläche freiwillig an die Berliner Hochschule für Technik abtreten würde.

Ein Sprecher der AG Verkehr des Runden Tisches Sprengelkiez hatte während des Rundgangs den Erhalt des Parkhauses gefordert, um es als Quartiersparkhaus für die Bewohnerinnen und Bewohner des Sprengelkieses zu nutzen. Im Gegenzug könnte dann Parkraum auf öffentlichem Straßenland für andere Zwecke zur Verfügung stehen – im Kreuzberger Graefe-Kiez wird derzeit ein solches Pilotprojekt diskutiert. Ephraim Gothe hatte daraufhin eingeräumt, dass allein für die notwendigen Änderungen des Planungsrechts für das Grundstück gut und gerne drei Jahre vergehen könnten, also durchaus Zeit für eine mögliche Zwischennutzung bestehe. Anderen Quellen zufolge soll sogar das Jahr 2027 als frühester Zeitpunkt für eine Neubebauung im Raum stehen. Über das Wohnheim an der Stelle des Parkhauses diskutiert man schon seit über als zehn Jahren.

cs

Helm auf zum Herbstspaziergang

Unsere Stadtbäume sind schwer geschädigt

In diesem Herbst könnte es gefährlich werden auf Berlins Straßen. Denn die Atlantik-Tiefs mit ihren stürmischen Winden treffen diesmal auf eine besonders anfällige Stadtnatur. Unsere Stadtbäume sind nach mehreren Hitzesommern schwer geschädigt: Selbst da, wo engagierte Anwohner sich mit viel Einsatz um das Wohl der Bäume kümmern, droht jetzt massiver Astbruch.

Petra Falkenberg ist eine von diesen Freiwilligen, sie engagiert sich in der »AG Grün für Luise« des Bürgervereins Luisenstadt. Auf ihrem Rundgang durch das Heinrich-Heine-Viertel Ende September fand Bezirksstadträtin Dr. Almuth Neumann nur lobende Worte für ihr Engagement: »Ohne Ihren Einsatz würde es noch viel schlimmer aussehen. Wir schaffen es nämlich nicht, unseren Stadtbäumen im Sommer genug Wasser zu geben. Dazu ist das Straßen- und Grünflächenamt personell nicht in der Lage. Im Namen des Bezirks möchte ich Ihnen und den anderen in Ihrer AG vielmals danken!«

Während des Sommers fuhr Frau Falkenberg Woche für Woche zum Spandauer Damm in Charlottenburg, um sich von den Berliner Wasserbetrieben ein »Bauwasserstandrohr« auszuleihen: ein dickes Wasserrohr mit Wasserzähler, das man auf Hydranten aufschrauben und an das man Schläuche anbringen kann. Die »AG Grün für Luise« verlegte anschließend die Schläuche zu den Straßenbäumen im Kiez und wässerte sie. Die erforderliche Sicherheitsleistung von 450 Euro streckte Frau Falkenberg vor, ebenso wie die Gebühren für den Anschluss und das entnommene Wasser. Die wurden später vom SGA Mitte erstattet. Die Schläuche und das Standrohr sind aber ziemlich schwer. »Wir bräuchten dringend Unterstützung von jüngeren Leuten, denn irgendwann schaffen wir das nicht mehr!« klagt Petra Falkenberg. Schwengelpumpen, mit denen man das Wasser selbst aus der Erde holen kann, gibt es im Heineviertel nur als Einzelexemplar, »aber das ist kaputt«. Aktionen wie das »Familiengießen im Sprengelpark« können hier nicht stattfinden. Auf der Weddinger Grünfläche traf sich Sommer regelmäßig die Nachbarschaft, um mit Hilfe von Leiterkarren und Wassereimern sowie reichlich Kindergießkannen gegen die Dürre anzukämpfen. Dabei treiben die Mütter und Väter an den beiden Schwengelpumpen auf der Straße unweit der beiden Parkausgänge gleichzeitig intensiv Sport.

Der große Vorteil dieser mechanischen Pumpen: Man braucht kein Auto, um nachbarschaftliche Gießaktionen zu organisieren. Denn immer weniger junge Menschen in



Mitte verfügen über ein solches. Es wäre schön, wenn man Wasserstandrohre und Schläuche auch in Stützpunkten des SGA Mitte ausleihen könnte, die man mit einem Lastenfahrrad erreichen kann.

Aber selbst da, wo Anwohner regelmäßig wässerten, zeigten sich Ende September bedrohlich oft kahle Stellen an den Bäumen. Frau Falkenberg zeigte uns eine große Linde auf dem Heinrich-Heine-Platz, von der ein riesiger toter Ast über den Bürgersteig ragt. »Den haben wir im Sommer regelmäßig gegossen – und trotzdem.« Vier von fünf der vergangenen Sommer waren in Berlin deutlich zu heiß und zu trocken. Schwere Schäden entwickeln die Bäume meist über längere Zeiträume, etwa weil sie durch den Trocken- oder Hitzestress nicht mehr genug Kraft haben, um Insekten- oder Pilzbefall abzuwehren. Oder weil nützliche Pilzgeflechte und andere Lebewesen in den kochentrockenen Bodenbereichen absterben: Der Klimawandel schädigt immer gleich ganze Ökosysteme. Bedroht sind bei uns zunächst die Straßenbäume. Denn sie sind ja zumeist Einzelkämpfer, die mit einer für Bäume unwirtlichen Umgebung zurechtkommen müssen. Der Boden unter unseren Straßen ist ja weitgehend tot, zudem stehen die Bäume alleine und in der Mittagshitze oft ungeschützt gegen die intensive Strahlung. In den Parks und Wäldern finden die Stadtbäume etwas bessere Bedingungen. Gepflanzt wurden unsere Stadtbäume überwiegend in Zeiten, zu denen noch niemand an Klimawandel dachte und feuchte und kühlere Sommer die Norm waren. Jetzt scheinen sich schneller als von der Wissenschaft erwartet im Sommer klimatische Verhältnisse wie in Südfrankreich oder Norditalien durchzusetzen. Auch da gibt es Stadtbäume – aber eben andere Arten, die mit der Trockenheit im Sommer besser zurechtkommen.

cs

Verkehrswende fahrerlos

Die Wissenschaft warnt vor dem Verkehrsinfarkt

Wenn wir in Berlin über die »Verkehrswende« sprechen, dann meinen wir zumeist eine mehr oder weniger radikale Abwendung vom Ideal der »autogerechten Stadt«: In der Zukunft wollen wir dem nichtmotorisierten Verkehr wieder deutlich mehr Platz einräumen und die Stadt wieder stärker zum Begegnungsraum von Menschen machen statt zu dem von rollenden Dosen. Unterdessen aber entwickeln sich die Transportmaschinen weiter. Schon in wenigen Jahren werden fahrerlose »Robotaxis« in unseren Städten auftauchen: Wie wird sich das auf die Verkehrswende auswirken?

Während im Bundesdurchschnitt etwa ein PKW auf zwei Menschen kommt, so liegt dieses Verhältnis in gesamt Berlin bei eins zu drei, in den Bezirken Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg sogar bei eins zu vier – und wenn man nur die privaten PKWs zählt und die Geschäftsautos außen vor lässt, sogar bei eins zu fünf bis sechs. Autobesitzer sind bei uns klar in der Minderheit.

Das liegt nicht nur an dem guten Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln. Ein Auto durch die Berliner Innenstadt zu steuern, wird von den meisten als Tortur wahrgenommen. Wer neu herzieht, gibt oft schon nach kurzer Zeit entnervt sein Privatauto auf. Vor allem junge Menschen leben bei uns ganz überwiegend ohne Auto. Das haben auch die Immobilienentwickler begriffen, sie planen inzwischen bei Neubauten kaum noch Stellplätze ein.

Damit lösen sich die Konflikte um den Verkehr in den Städten aber nicht von selbst. Denn schon in wenigen Jahren



werden fahrerlose Kraftfahrzeuge eine neue Revolution in Gang setzen. In den USA und vor allem in China stehen Robotaxis unmittelbar vor der Markteinführung. Im kommenden Jahr wollen chinesische Automobilkonzerne mit der Massenproduktion beginnen. Diese Fahrzeuge fahren dann zwar noch nicht vollkommen autonom, sondern werden im Zweifelsfall online von menschlichen Chauffeuren übernommen. Aber mit der Zeit wird die Künstliche Intelligenz, die sie im Regelfall steuert, dazu lernen und menschliche Eingriffe immer seltener werden. Und die anfangs noch begrenzten Einsatzräume werden sich weiter und weiter ausdehnen.

An der Hochschule Karlsruhe macht sich eine Gruppe von Wissenschaftlern und -innen Gedanken darüber, wie sich das auf ihre Stadt auswirken wird. In der Studie »AutoRich« gehen sie davon aus, dass im Jahr 2040, also in achtzehn Jahren, etwa 60% des Kraftfahrzeugverkehrs von Karlsruhe fahrerlos erfolgen wird. In den meisten ihrer Szenarien führt das direkt zum Verkehrsinfarkt. Wenn der private Besitz von PKW weiter die Regel bleibt, wird allein die zusätzliche Nachfrage durch Menschen ohne Führerschein die Parkraumkapazitäten der Stadt überlasten und den fließenden Verkehr zusammenbrechen lassen. Wenn fahrerlose Autos ausschließlich als Leihfahrzeug zugelassen wären, wäre der ruhende Verkehr zwar gerettet. Aber die Aufnahmekapazität des Straßennetzes wäre dennoch überfordert. Denn es entstünde ja mehr Verkehr durch die höhere Nachfrage und zusätzliche Leerfahrten. Reduzieren ließe sich die Verkehrslast nach den Berechnungen der Forscher und -innen nur, wenn der autonome Verkehr vollständig im Sammeltaxi-Modus, dem sogenannten Ride-Pooling, stattfände. Dann steigen auf der Fahrt möglicherweise fremde Menschen zu, man muss sich das Fahrzeug also mit anderen teilen. Alternativ gäbe es noch die Möglichkeit, den klassischen Öffentlichen Nahverkehr durch höhere Takte und niedrigere Preise deutlich aufzuwerten und durch regulatorische Maßnahmen wie »City-Maut« die Zufahrt von motorisierten Fahrzeugen in bestimmte Bereiche der Stadt zeitweise zu limitieren. Nur Menschen aus höchsten Einkommensgruppen könnten es sich dann leisten, sich vom Robo-Auto zu Stoßzeiten durch die Stadt kutschieren zu lassen.

Für Berlin gibt es noch keine derartigen Studien. Aber klar ist: Der Verkehr würde kollabieren, wenn sich nur ein Bruchteil der heutigen Nutzer und -innen öffentlicher Verkehrsmittel künftig von Künstlicher Intelligenz individuell zur Arbeit chauffieren ließe. Der große Vorteil der Robo-Autos: die Zeit im Stau könnte man dort am Laptop verbringen (sozusagen im »Car-Office«) und als Arbeitszeit abrechnen. Die anderen, die im Straßenverkehr unterwegs sind, um zu liefern, zu retten, zu pflegen oder zu reparieren, würden für ihr Arbeit dann aber wesentlich länger brauchen. Die Funktionsfähigkeit der Stadt wäre gefährdet.

Christof Schaffelder

Jan Riel, Kerstin Gothe, Alexa M. Kunz, Lisa Matzdorff
(Hrsg.): »Autorich: Autonomes Fahren – Risiken und
Chancen für die Städte«, Karlsruhe, Februar 2022
www.h-ka.de/ivi/projekte/autorich

Nachwahl oder Neuwahl?

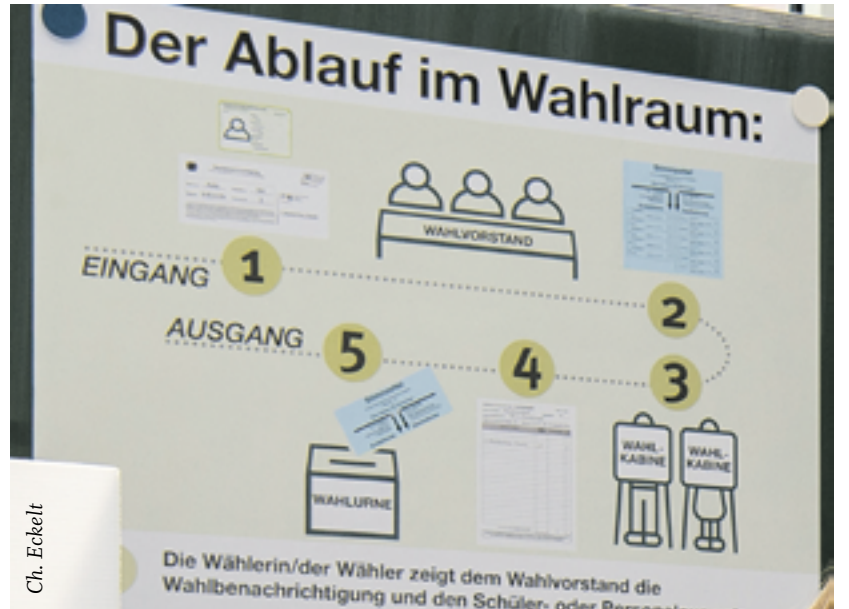
Auch die Wahl der BVV Mitte muss wiederholt werden

Im Bezirksamt rollt man nur mit den Augen. Auf eine Wiederholung der Wahl im kommenden Frühjahr hätte man hier gut und gerne verzichten können. Nach einem Jahr sind die zwei neuen Stadträtinnen und ein neuer Stadtrat eingearbeitet und die Verwaltungen entsprechend in Schwung gekommen – und dann das. Zudem musste in Mitte auch noch der Bezirksbürgermeisterposten neu besetzt werden und eine Stadträtin für Schule und Sport gefunden werden. Die Zählgemeinschaft aus Grünen und SPD hatte sich am 24. September auf die Ressortverteilung geeinigt. Nur wenige Tage später ließ aber das Berliner Verfassungsgericht durchblicken, dass es eine komplette Wiederholung der Berlin-Wahl vom 26. September 2021 favorisiert.

Das macht die Sache kompliziert. Denn natürlich können sich die Mehrheitsverhältnisse in der BVV nach so einer Wahlwiederholung ändern. Die Zählgemeinschaft aus Grünen und SPD verfügte zwar nach der Wahl 2021 über eine solide Mehrheit von 30 Stimmen gegenüber den 25 der anderen Parteien in der BVV. Ingrid Bertermann ist aber inzwischen aus der Fraktion der Grünen aus- und in die der Linken eingetreten. Das Mehrheitsverhältnis in der BVV beträgt seitdem nur noch 29 zu 26.

Findet jetzt nur eine »Nachwahl« der BVV statt, dann würde Frau Bertermann zusammen mit dem gerade abgewählten ehemaligen Bezirksbürgermeister von Dassel wieder auf der Kandidatenliste der Grünen erscheinen, denn dann gelten die ursprünglichen Listen unverändert weiter. Die Grünen könnten nach aktuellen Umfragen mit leichten Zugewinnen rechnen, die SPD mit noch etwas höheren Verlusten. Das kann sich in gut einem Vierteljahr aber auch ändern.

Der Austritt von Frau Bertermann führte aber auch dazu, dass die Grünen das Vorschlagsrecht für einen Sitz im Bezirksamt an die SPD abgeben mussten. Die Mehrheitsverhältnisse im Bezirksamt haben sich damit grundsätzlich verschoben. Bei einer »Nachwahl« blieben sie gleichwohl bestehen, selbst wenn die Sitzverhältnisse in der BVV sich wieder zugunsten der Grünen verschieben würden. Denn um einen Bürgermeister oder einen Stadtrat zu wählen, reicht eine einfache Mehrheit – um sie abzuwählen, braucht man aber mindestens zwei Drittel der BVV-Verordneten. Bei einer Nachwahl könnte das Bezirksamt also bis zum Ende der Wahlperiode im September 2026 unverändert bestehen bleiben.



Wenn die Wahl im kommenden Jahr eine »Neuwahl« sein wird, ist das ganz anders. Dann wird ein vollkommen neues Bezirksamt gebildet. In der Geschichte der Bundesrepublik gab es schon einmal den Fall, dass ein Landesverfassungsgericht eine Landtagswahl für ungültig erklärte und eine Nachwahl vorschrieb. Die erfolgte im September 1993, zweieinviertel Jahre nach der Hamburger Bürgerschaftswahl vom Juni 1991. Sie fand aber tatsächlich als Neuwahl statt, weil sich die Hamburger Bürgerschaft nach dem Urteil selbst auflöste.

Ob das Berliner Verfassungsgericht eine Neuwahl oder eine Nachwahl vorschreiben wird, ist noch unklar. Aber auch in Berlin kann sich das Abgeordnetenhaus mit einer Mehrheit von zwei Dritteln jederzeit selbst auflösen wie damals in Hamburg die Bürgerschaft und damit eine Neuwahl erzwingen. Organisatorisch gibt es kaum Unterschiede zwischen einer Neuwahl und einer Nachwahl. Neue Wählerverzeichnisse muss die Verwaltung in beiden Fällen aufstellen. Bei einer Neuwahl müssen die Parteien jedoch neue Wahlvorschläge einreichen und entsprechende Mitgliederversammlungen organisieren und durchführen. Und es beginnt dann nach der Wahl eine neue Legislatur von in der Regel fünf Jahren. Bei einer »Neuwahl« müsste also das nächste Mal erst im Jahr 2028 gewählt werden, bei einer »Nachwahl« jedoch schon 2026. In den Bezirken müssten nach einer Neuwahl die Bezirksämter wieder komplett neu gewählt werden, einschließlich des Bezirksbürgermeisters bzw. der -bürgermeisterin. In Mitte könnte es also dazu kommen, dass die SPD ihren zweiten Sitz im Bezirksamt schon nach wenigen Monaten wieder verliert.

Und täglich grüßt die Abrissbirne?

Wie Investoren-Moden die Stadt zerstören

Warenhäuser waren vor zu Beginn des 20. Jahrhunderts der Inbegriff hochmodernen städtischen Handels. Damals entstanden in Berlin Prachtbauten wie das KaDeWe, das Kaufhaus Jandorf an der Brunnenstraße oder auch das Kaufhaus Jonass an der Torstraße 1 als erstes Kreditwarenhaus Berlins – erst jüngst wurde dessen Geschichte aufwändig für das TV verfilmt. Glaubt man dem Film, so hatte der Jonass-Gründer damals Probleme, kreditgebende Investoren für seine Vision zu finden: Keine Bank ließ sich überzeugen, dass ein Warenhaus mit der Möglichkeit des Ratenkaufs für ärmere Berliner funktionieren könnte.

Die Zeit hat die Warenhäuser überholt. Fand man in den 60er und 70er Jahren noch in jeder Kleinstadt eines, so wurden sie seit den 90er Jahren mehr und mehr durch die wachsende Konkurrenz der Shopping Malls und Center verdrängt. Aber auch davon gibt es inzwischen viel zu viele, und auch sie müssen sich zusätzlicher neuer Konkurrenz stellen, nun in Form des Online-Handels. Seit Beginn der 90er kann man beobachten, wie eine Immobilien-Trendwelle nach der anderen über Berlin schwappte. Nach dem Mauerfall wurden zunächst, beflügelt vom Hauptstadtdeschluss und rosigen Metropolen-träumen, in der Berliner Innenstadt Unmengen von Bürobauten aus dem Boden gestampft – in denen oft noch Jahre später der Leerstand gähnte, weil der erhoffte große Boom nicht stattfand und die großen Konzern- und Bankenzentralen lieber dort blieben, wo sie schon waren, nämlich in Frankfurt, Stuttgart oder Hamburg. Dann kam die Kino-Multiplex-Welle über Berlin und machte jede Menge klei-

nerer Programmkinos platt. Es folgte die Shopping-Mall-Welle, bis nahezu an jedem größeren S-Bahnhof ein neues Einkaufszentrum stand, in dem die immer gleichen Einzelhandelsketten ihre Filialen betrieben: Rossmann und dm, H&M und C&A, Douglas und Thalia, Deichmann und Mediamarkt etc.pp. Schon Ende der 90er fragte man sich, wie groß eigentlich die Berliner Kaufkraft und Konsumlust sein müsste, um all diese Einkaufstempel am Leben zu halten, und wie unerschütterlich der Optimismus des damaligen Stadtentwicklungssenators, der eines nach dem anderen genehmigen ließ.

Als mit den Billigfliegern der Berlintourismus mit enormen Zuwachsraten wuchs, wurde die Innenstadt mit neuen Hotels und Hostels überschwemmt, dann kamen die Co-working-spaces und es nahte bereits das nächste große Ding, zumindest aus Investorensicht: Mikro-Apartments, sehr teuer und oft nicht größer als ein Hühnerstall. All diese Trendwellen verbindet zum einen, dass die Investoren ihr in der Hoffnung auf das letzte Stückchen vom großen Kuchen auch dann noch folgen, wenn der Markt schon längst gesättigt ist. Und zum anderen, dass sie massenhaft monofunktionale Bauten produzieren: Multiplex-Kinos oder Shopping Malls lassen sich nicht nun mal schwerlich zu Wohnungen oder ähnlichem umfunktionieren.

Das städtebauliche und strukturelle Problem, das da auf uns zukommt, kann man ermessen, wenn man die heutigen Debatten um die Warenhäuser anschaut, z.B. um das Karstadt am Leopoldplatz und seine künftige Nutzung. Ginge es nach dem Willen der Investoren, wäre die Sache einfach: Man reißt einfach ab und baut irgendwas Neues – vielleicht wieder einen Bürobau, wo er Gewinn verspricht. Allerdings wird auch diese Nachfrage aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung an ihre Grenzen kommen. Seit der Pandemie erfreut sich das Homeoffice bzw. das nicht-stationäre Arbeiten zunehmender Beliebtheit. Vor allem aber können wir uns angesichts der vielfältigen Krisen das permanente Abreißen von nicht mal 30 Jahre alten Bauten und das kurzsichtige Trendhopping mit Neubau kaum noch leisten. Jeder Abriss bedeutet auch die Vernichtung von wertvollen Rohstoffen, Materialien und investierter Produktivität, kurz: volkswirtschaftlicher Werte. Es wären also kreative Ideen für nachhaltige Umnutzungen gefragt. Die aber kommen in den seltensten Fällen von Investoren. Ebenso wenig liegt es in deren Natur, gesamtstädtisch zu denken. Es ist aber die Aufgabe der Politik, solche Entwicklungen zu steuern, Fehlentwicklungen zu verhindern, soweit das möglich ist, und stadtverträgliche (Umnutzungs-)Lösungen zu suchen bzw. zu unterstützen. Es war schon ein Trauerspiel, dass beispielsweise das ehemalige Kaufhaus Jandorf fast 20 Jahre lang leer stand, weil der neue Eigentümer keinerlei kreative, tragfähige Ideen für den Umgang mit der denkmalgeschützten Bausubstanz hatte. Dabei wäre das gar nicht so schwer gewesen – direkt an der Grenze zwischen den Boomgebieten Mitte und Prenzlauer Berg. Und skeptische Investoren sollten sich, wenn es um mutige, ungewöhnliche Ideen geht, an den Gründer des Kaufhaus Jonass erinnern: Ratenkauf jedenfalls funktioniert noch heute.

us



Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung und Facility Management: Ephraim Gothe
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 90 18-446 00
ephraim.gothe@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Fachbereichsleiterin: Frau Laduch,
Zimmer 106, (030) 90 18-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Vorbereitende Bauleitplanung, Städtebauförderung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: Di 9–12 Uhr,
donnerstags, 15.00–18.00 Uhr
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiter: Matthias Rogge
(030) 90 18-436 32

Lebendiges Zentrum und Sanierungsgebiet Müllerstraße
Gonzalo Milcoff (030) 9018 45409
gonzalo.milcoff@ba-mitte.berlin.de

Prozessmanagement
Jahn, Mack und Partner
Wilhelm-Kabus-Straße 74, 10829 Berlin
Karsten Scheffer (030) 85 75 77 28
Marcel Göbel (030) 857 57 71 39
muellerstrasse@jahn-mack.de
www.jahn-mack.de

Geschäftsstraßenmanagement
Jahn, Mack und Partner
Wilhelm-Kabus-Straße 74, 10829 Berlin
Martina Trapani (030) 857 57 71 38
M.Trapani@jahn-mack.de

Stadtteilvertretung Müllerstraße
Vor-Ort-Büro Triftstraße 2
menschmueller@stadtteilvertretung.de
www.stadtteilvertretung.de
Wenn Sie per E-Mail Informationen der Stadtteilvertretung erhalten möchten, dann senden Sie eine E-Mail an: mitteilungen@stadtteilvertretung.de



Informationen und Dokumentationen zum Lebendigen Zentrum Müllerstraße sowie frühere Ausgaben dieser Zeitung finden Sie auf der Website: www.muellerstrasse-aktiv.de

- Veranstaltungsorte
- Müllerstraße
- Programmkulisse
- Aktives Stadtzentrum
- Sanierungsgebietsgrenze

Runder Tisch Leopoldplatz
Frau Castelot
Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin
(030) 90 18-322 50

Quartiersmanagement Pankstraße
Prinz-Eugen-Straße 1, 13347 Berlin
(030) 74 74 63 47
qm-pank@list-gmbh.de
www.pankstrasse-quartier.de

Runder Tisch Sprengelkiez
Sprengelstraße 15, 13353 Berlin
(030) 20 06 78 85
info@runder-tisch-sprengelkiez.de
www.runder-tisch-sprengelkiez.de

Mieterberatung Wedding
für Bewohner der Milieuschutzgebiete Sparrplatz, Leopoldplatz und Seestraße sowie des Sanierungsgebietes Müllerstraße
Mo 10–12 Uhr, telefonisch: (030) 44 33 81-11 und Do 16–18 Uhr im Vor-Ort-Büro Triftstraße 2
www.mieterberatungpb.de
team-wedding@mieterberatungpb.de



Ch. Eckelt





Ch. Eckelt

ECKENSTEHER

Warum eine Stadtteilvertretung nicht neutral ist

Über die Aufgaben von Stadtteilvertretungen und Quartiersräten gibt es unterschiedliche Vorstellungen. Auch die, dass sie neutral sein müssten, zumindest aber »parteilich neutral«. So wurde vor einigen Monaten ein Vertreter der Stadtteilvertretung menschl. müller aus einer Jury entfernt, weil die sich Jahre zuvor zu dem Problem, um das es ging, öffentlich positioniert hatte. menschl. müller, so sahen es die Behördenvertreter, sei nicht neutral genug.

Eine große Anfrage der CDU-Fraktion der BVV-Bezirksverordnetenversammlung vom Oktober ging in dieselbe Richtung. Die CDU fragte da: »Ist die Stadtteilvertretung zur parteipolitischen Neutralität verpflichtet?« und: »Wie wird sichergestellt, dass die parteipolitische Neutralität der einzelnen Stadtteilvertretungen im Bezirk Mitte gewahrt wird?« (Aktenzeichen: 0524/VI).

Der Hintergrund: Am 7. Oktober fand auf dem Leopoldplatz eine »Kundgebung & Diskussion« statt, organisiert von einem Bündnis aus Stadtteilvertretung menschl. müller, der Gewerkschaft ver.di, der Initiative Hermannplatz und dem Bezirksverband Berlin-Mitte der Linken. »Der Konzern Signa hat das Karstadt-Gebäude am Leopold-

platz aufgekauft. Geplant ist ein jahrelanger Umbau – eine Beteiligung der Anwohnenden ist zweifelhaft. Wir sagen nein und wollen als Anwohnende am Leopoldplatz mit einbezogen werden«, so hieß es auf dem Plakat. Die CDU störte dabei offenbar, dass die Stadtteilvertretung zusammen mit einer mit der CDU konkurrierenden Partei öffentlich auf dem Leopoldplatz auftrat. Leider wurde die Anfrage auf der BVV-Sitzung nicht aufgerufen, die Antwort erfolgt jetzt schriftlich und liegt uns noch nicht vor.

Sie kann aber eigentlich nur lauten: Nein, eine Stadtteilvertretung muss nicht neutral sein, auch nicht parteipolitisch. Die ehrenamtlichen Stadtteilvertreter und -innen haben nämlich keinen Beratervertrag mit dem Bezirk abgeschlossen. Sie betreiben in dessen Auftrag keine Meinungsforschung auf lokaler Ebene, sie sind keine Dienstleister der Verwaltung. Sie gehören also nicht auf die Seite des Staatsapparats, der bei uns aus gutem Grunde zur Neutralität verpflichtet ist. Die Mitglieder von Stadtteilvertretungen wurden auf Bürgerversammlungen gewählt. Sie gehören auf die Seite des Souveräns, des Volkes. Eine Stadtteilvertretung ist in dieser Hinsicht vergleichbar mit einer freien Gewerkschaft. Auch die darf Bündnisse eingehen, mit wem sie will, auch mit politischen Parteien. Und die CDU darf umgekehrt auch Positionen von Stadtteilvertretungen aufgreifen. Auf der fraglichen BVV-Sitzung stimmte sie jedenfalls für den Antrag, der sich für eine Beteiligung der Stadtteilvertretung an dem Verfahren um das Karstadt-Grundstück einsetzt. Sie hätte diese Haltung zuvor auch mit menschl. müller zusammen auf dem Leopoldplatz öffentlich demonstrieren dürfen.

cs